

Autor: VON MICHAELA ZIMMERMANN
Seite: 14
Ressort: Region und Bayern
Seitentitel: METROPOLREGION NÜRNBERG
Ausgabe: Hauptausgabe
Weblink: www.nordbayern.de

Gattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2016
Auflage: 245.783 (gedruckt) 231.277 (verkauft)
238.016 (verbreitet)
Reichweite: 0,74 (in Mio.)

Zoff um das zentrale Krebsregister

Gesundheitsministerin Huml will Daten von Tumorpatienten erheben und speichern

Der Freistaat will die Krankheit Krebs mit Hilfe eines zentralen Registers besser bekämpfen und hat dazu einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Doch seit klar ist, dass das neue Krebsregister von der Nürnberger Dienststelle des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) betreut werden soll, hagelt es Kritik von allen Seiten.

ERLANGEN — Das bayerische Gesundheitsministerium erhofft sich aus einem zentralen Krebsregister bessere Erkenntnisse über die heimtückische Krankheit und deren Behandlung. „Das Register ermittelt zum Beispiel, wie häufig bestimmte Tumorerkrankungen in einer Region auftreten und zeigt auf, welche Therapie anschlägt“, schwärmt Ministerin Melanie Huml.

In der Nürnberger Dienststelle des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) soll die Kartei gepflegt werden. In Gemünden (Landkreis Main-Spessart) hat die Ministerin eine zentrale technische Stelle geplant. Etwa zwölf neue Mitarbeiter, darunter keine Ärzte, sollen sich in Nürnberg um das Krebsregister kümmern. Jetzt muss noch der Landtag über den Entwurf entscheiden.

Brandbrief geschrieben

Um die Landespolitiker aufzurütteln, hat die Bürgerinitiative Gesundheit einen Brandbrief geschrieben. Der Inhalt des Gesetzentwurfes sei nicht auf den Versorgungsalltag ausgerichtet und entspreche nicht den Anforderungen der Patienten, der Medizin, der Krankenkassen und den Vorgaben des Krebsfrüherkennungs- und -registergesetzes, heißt es in dem Schreiben.

Wolfram-Arnim Candidus, Präsident der Vereinigung, bringt es mit eigenen Worten auf den Punkt: „Im LGL fehlt es an

medizinischer Kompetenz.“ Verwaltungsleute könnten nicht das leisten, was derzeit an sechs dezentralen Krebsregistern in Bayern geleistet werde. Hinzu komme, dass die Freiheit von Forschung und Lehre durch eine Zentralisierung der Daten und der Mitarbeiter der sechs erfolgreichen Krebsregister sowie der Finanzmittel gefährdet werde. „Erst recht aber wird durch die zentrale Krebsregistrierung in einer Behörde, verbunden mit einer zentralen Meldevergütung, der Datenschutz für alle Bürger ausgehebelt“, empört sich Candidus. Ein Kritikpunkt, den auch die Kassenärztliche Vereinigung in Bayern (KVB) in die Diskussion einbringt. Ilka Enger, Ärztin und Mitglied im Vorstand der KVB, berichtet im Gespräch mit unserer Zeitung, dass das Gesundheitsministerium beim Datenschutz und dem genauen Prozedere des Datentransfers dringend nacharbeiten müsste.

Daten nicht kompatibel

In Bayern gibt es bereits sechs dezentrale Krebsregister, nämlich in München, Würzburg Regensburg, Bayreuth, Erlangen/Nürnberg und Augsburg. Alle außer Erlangen/Nürnberg sind gegen die Dezentralisierung. Matthias Beckmann, Direktor des Tumorzentrums in Erlangen, hält das zentrale Krebsregister für dringend notwendig, da die Datensätze der sechs Krebsregister unterschiedlich und nicht kompatibel seien.

Das stimmt zwar, doch alle Krebsregister sind an Tumorzentren angeschlossen. Alle, bis auf Augsburg und Bayreuth, sind an Universitäts-Kliniken angeschlossen. Jedes der dezentrale Krebsregister wird zudem von Fachmedizinern geleitet, die untereinander im Austausch stehen.

Die Datensätze der Krebspatienten werden intensiv gepflegt und genau kontrolliert, denn: „Jeder noch so kleine Fehler potenziert sich mit den Jahren und führt in der Folge zu falschen Erkenntnissen“, erläutert Professor Jutta Engel, Leiterin des Tumorzentrums München.

Nicht nur die Ausbildung der angehenden Mediziner hinge daran. Auch der Austausch mit niedergelassenen Ärzten sei sehr wertvoll. Diese stellen Anfragen über bestimmte Tumorerkrankungen ihrer Patienten und unterstützen durch ihr Feedback wiederum die Wissenschaftler. Seit über 15 Jahren existiert die Tumordatenbank in München. Doch noch ist völlig unklar, wie mit den gesammelten Daten hier und andernorts verfahren wird.

Unter Experten gilt es aus Datenschutzgründen als unwahrscheinlich, dass die bislang gesammelten Patientendaten ins neue Zentralregister einfließen. Doch damit gingen viele wissenschaftliche Erkenntnisse verloren.

Abbildung: Ein Krebsforscher arbeitet in einem Labor des Nationalen Zentrums für Tumorerkrankungen in Heidelberg mit einer Pipette. Foto: dpa
Fotograf: Foto: dpa
Wörter: 544